

Im Falle vierteljährlich 2,50 M., bei
vierteljährlicher Zustellung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühren. Einschaltungen werden von allen
Anwerbern freibleibend angenommen.
Im amtlichen Setzungs-Ergebnisse
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen
sind unbenutzte eingehende Beaufträge
wie keine Beachtung.
Stadtrat mit dem Anzeigen-
„Saale-Bl.“ gefaltet.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1165
Geschäftsstelle Nr. 176; Redaktions-
Stamm 24) Nr. 206.

Saale-Zeitung.

Samstagsausgabe

werden die Spaltenpreise oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
halle, von unterm Anzeigenbureau
und allen Anzeigen-Expeditoren ab-
genommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.

Erhalten möglichst frühzeitig,
Samstag und Sonntag einmündig,
sonst unmöglich.

Redaktion und Comp. Geschäft-
stelle: Halle, Gr. Braunsstraße 17;
Redaktions-Telephon: Nr. 24.

Nr. 431.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 14. September

1907.

Politische Wochenchau.

Der französisch-marokkanische Konflikt wurde auch in der vergangenen Woche noch nicht beiläufig Frankreich richtete auf Wunsch des Reichskanzlers ein Memorandum an die deutsche Regierung, worin es seine Pläne bezüglich der Weiterführung seiner Aktion in Marokko darlegte. Es führte in dem Memorandum vom 2. September aus, daß es beabsichtige, im Einvernehmen mit der spanischen Regierung in den marokkanischen Hafenplätzen provisorisch eine spanisch-französische Polizeitruppe zu organisieren, um dort die Ordnung aufrecht zu erhalten und die spätere Bildung der in der Algeirasakte vorgesehenen marokkanischen Polizeitruppe zu erleichtern. Die Bemühungen der deutschen Diplomatie in Algeiras waren bekanntlich besonders darauf gerichtet gewesen, den internationalen Charakter der marokkanischen Polizeitruppe zu wahren. Dabei sollte sie aus Marokkanern bestehen, die sich unter der Leitung französisch-spanischer Offiziere befänden. Die Zahl der Polizeitruppe sollte in engen Grenzen gehalten werden. Den Chef der internationalen Polizeitruppe zu ernennen, wurde der Schweiz übertragen. Es ist klar, daß das Begehren Frankreichs im inoffiziellen Widerspruch zu jenen Bestimmungen der Algeiras-Akte steht. Die deutsche Antwortnote auf Algeiras Memorandum war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Das Reich nahm, nach einer Mitteilung der „Nord. Allg. Ztg.“, zunächst von der französischen Mitteilung und ihrer Begründung Kenntnis. Es erklärte, daß es den provisorischen Charakter der Maßregel erkenne, und daraus folgerte, daß die Bestimmungen der Algeiras-Akte nicht angetastet werden sollen. Deutschland präferierte seinen Standpunkt dahin, daß es Frankreichs Begehren, sich für die Vorgänge von Cabablanca Genugtuung zu verschaffen, anerkenne. Bei dieser durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion werde Deutschland den Franzosen keine Schwierigkeiten bereiten. Hieran knüpfte das Reich indes weiter den Wunsch und die Hoffnung, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute wie in Cabablanca nicht wiederholen möchten, und es machte alsdann darauf aufmerksam, daß Frankreichs Wunsch der provisorischen Einführung einer französisch-spanischen Polizei in den marokkanischen Häfen eine solche neue Schädigung der fremden Kaufleute herbeiführen könnte, da sie Angriffe der Bergkämpfe provozieren müßte, zumal dann, wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen werde. Dies der Inhalt der deutschen Note, die in der französischen Presse vielfach kommentiert, von Clemenceau als forciert bezeichnet wurde. Sie enthält zwischen den Zeilen eine ernste Kritik der französischen Aktion bei Cabablanca und hebt die große Verantwortung hervor, die Frankreich übernimmt, wenn es sich über die Bestimmungen der Algeiras-Akte auch nur provisorisch hinwegsetzt. Ihr Einverständnis zu einer provisorischen Nichtbeachtung des Algeiras-Vertrages gibt die deutsche Reichsregierung nicht, sondern indem sie zwar anerkennt, daß Frankreich das Recht habe, sich wegen des besonderen Zwischenfalles Genugtuung zu verschaffen, besteht sie darauf, daß der Algeiras-Vertrag rechtlich nicht angetastet werden und daß die französische Marokkopolitik praktisch nicht zu Schädigungen deutscher Interessen führen dürfe. Der deutsche Standpunkt ist durchaus einmündig. Mißbilligung erregte in der Pariser Presse, daß der Inhalt der deutschen Note angeblich in der „Nord. Allg. Ztg.“ eher publiziert als in Paris amtlich bekannt gegeben worden war. Da das tatsächlich der Fall ist, ist noch nicht festgestellt, wofür sich aber leicht auflären lassen. Die englische Presse sagt Frankreich in das marokkanische Abenteuer weiter hineinzutreiben, indem sie bedingungslos für die französisch-spanische Polizeiorganisation Stimmung macht. Der englische Vorkämpfer in Madrid soll auch in diesem Sinne bei Moura eingewirkt haben; der spanische Ministerpräsident hat sich gleichwohl für eine Aufrechterhaltung der Algeiras-Akte entschieden. Er mag auch von einem Eingehen auf die französische Abenteuerpolitik nichts wissen. Die spanische Presse unterstützt seine reservierte Haltung.

Außer in der Frage der Polizeiorganisation in den Hafenorten bereitet sich eine Meinungsverschiedenheit in der Entscheidung der Frage wegen des Bombardements von Cabablanca vor. Die deutsche Reichsregierung läßt den den deutschen Kaufleuten zugefügten Schaden durch die deutschen Behörden abklären und hat den Geschädigten bereits einen Vorbehalt von 250.000 M. ausbezahlt. Frankreich beabsichtigt dagegen den Schaden durch eine internationale Kommission abklären zu lassen und Marokko zum Schadenersatz heranzuziehen. Es beruft sich dabei auf das Beispiel von Alexandria im Jahre 1883. Vermutlich wird sich Deutschland direkt mit Marokko wegen des Schadenersatzes verständigen. Mit Frankreich auf alle Fälle zahlen, so ist es vernünftiger. Frankreich durch die deutschen Klamationen nicht eine neue Handbabe gegen Marokko zu geben, sondern den Zwischenfall mit dem Sultan direkt zu erledigen.

Die Verhandlungen des Generals Druze zur Beilegung der Differenzen bei Cabablanca sind in den letzten Tagen gescheitert. Druze unternahm daher einen militärischen Feldzug nach dem in der Umgegend von Cabablanca befindlichen Lager der Bergkämpfer bei Taddert, das gänzlich vernichtet wurde, nachdem sich die Marokkaner unter Verlusten zurückgezogen hatten. Ob mit dieser Expedition dem Ergebnisse der Franzosen Genüge geschehen ist, bleibt abzuwarten. Der Fanger soll Marokk wieder eine größere Tätigkeit entfalten. Rehnliche Bewegungen der Marokkaner

wurden in Ufschda bemerkt. Möglicherweise kommt zwischen Ufulap Hafid und seinem Bruder, dem Sultan Abdul Ahs, der auf dem Wege nach Abat ist, dort eine Ausöhnung zustande. Ufulap Hafid's Versuch, das Sultanat an sich zu reißen, dürfte wegen Geldmangels kaum zu verwirklichen sein. Daß Abdul Ahs den Frieden wieder herstellen möchte, zeigt der Besuch der Ulemas, die sich gegen den heiligen Krieg ausgesprochen haben.

Auf den Abbruch der großen deutschen Flottenmanöver in der Nordsee folgten die Kaisermanöver in Ostpreußen. Fürst Biliow empfing in Stordenweitere parlamentarische Lage zu besprechen, darunter v. Pappe, v. Gamp und v. Bismarck von Sonnenberg, später auch den Staatssekretär v. Bernmann-Hollweg, Unterstaatssekretär v. Noebel und den Minister des Innern v. Moltke. Die Bemühungen des Abg. Spahn, den Regierungskurs durch seine Rheinharder Rede ebenso wie durch seine Postletere in Kiel zu Gunsten des Zentrums zu beeinflussen, erregten starkes Aufsehen.

Die Einigkeit der preussischen und der Reichsregierung blieb ungebrochen. Der Fall Tirpitz läßt sich bald auf, und die „Deutsche Tageszeitung“ konnte die vollkommene Übereinstimmung zwischen Herrn v. Rheinbaben und dem Reichskanzler feststellen. Vermutlich wird der preussische Landtag noch vor Weihnachten zusammentreten, womit dann auch eine Gelegenheit zur Aussprache über die Wahlrechtsfrage gegeben ist, in der sich die Geister allmählich beruhigen haben. Was die angeknüpfte Polenvorlage bringt, steht gleichfalls noch dahin. Die eigenartigen Worte des Abg. v. Sieber, daß den Polen gegenüber Macht vor Recht gehen müßte, haben die Situation grell beleuchtet. Solche Grundzüge wird man sich wohlweislich bei den in der Staatspolitik einzuführen.

Eine Reihe bedeutamer Kongresse gab der vergangenen Woche das Gepräge. Der Deutsche Bankiertag forderte einmütig eine Reform des Vorrechtens und empfahl die Einführung des Scheckens. Der Parteitag der Nationalliberalen Jugend beistimmte die Altersgrenze von 40 Jahren für seine Mitglieder und nahm die 10.000 Anhänger umfassenden süddeutschen jungliberalen Vereine in seine Organisation auf. Es wird nun eine neue Regelung des Verhältnisses der nationalliberalen Jugend zur nationalliberalen Partei stattfinden müssen. Der Alldeutsche Verband beschäftigte sich mit dem Polenproblem und der Flottenfrage; er trat ebenso wie die nationalliberale Jugend für einen reicheren Ausbau der Flotte ein. Die deutsche Mittelstandsvereinigung forderte eine allgemeine Umsatzsteuer, der deutsche Handwerks- und Gewerbelamtag sprach sich gegen die Zusammenlegung der drei großen Versicherungszweige aus und verlangte die obligatorische Unfallversicherung, der allgemeine Deutsche Bergmannstag behandelte sachmännisch interessierende Fragen des Bergbaues, der deutsche Medizinalbeamten tag sprach sich gegen den Entwurf des Apothekengesetzes aus der internationale Friedensertag in Prag protestierte gegen den neuen päpstlichen Syllabus und forderte Trennung von Kirche und Staat, der internationale Friedenskongress in München erklärte die Einführung eines obligatorischen Weltfriedensgerichts für erforderlich, die Christlich-Sozialen verlangten eine Reichszentralstelle zur Schlichtung der Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, der deutsche Forstertag beschäftigte sich mit den Forstschädlingsverordnungen des Straßburgerkongresses, der deutsche Anwalts tag brachte seine Wünsche über die Reform der Zivilprozessordnung zum Ausdruck. In Berlin fanden ferner die diesjährige Tagung der deutschen Botschafter und Delegierten, die alldeutsche Tagung der Freiwirtschaftlichen, sowie der Parteitag der Freiwirtschaftlichen Volkspartei, der sich für die Errichtung zweier Denkmäler für Eugen Richter, in Gogen und Berlin, aussprach.

Das Morgen aus seine Aufnahme in das Bundeswahl-Abkommen nachgeführt und daß die deutschen Dombau sich ruhig verhalten, war ein Zeichen der zunehmenden Befriedigung der Lage in Süddeutschland. Dagegen können jetzt die portugiesischen Schmierigkeiten in Damasco nicht zusammenfassen. Der Abbruch des österreichisch-ungarischen Ausgleiches bedeutet eine Zeit tiefergehender Differenzen zwischen beiden Reichshäupten wenigstens provisorisch. Wenig Glauben schenkte man der Nachricht von einem angeblich beabsichtigten Komplotz gegen König Edward, der übrigens von Mexiko nach London zurückkehrte. Der Unfall der russischen Kaiserin, „Slandart“ in den künftigen Schären hat die Erholungsreise der Jarenfamilie jah unterbrochen. Man schrieb auch diese Woche davon, daß der Jar mit König Edward in Kopenhagen zusammentreffen werde. Die Kaiserinoperation des Königs von Spanien war kaum unter die politischen Begebenheiten zu rechnen. Einen weiteren Erfolg der Haager Konferenz bildete die Annahme des Internationalen Friedensgerichts, während für die Befriedigung der englisch-amerikanischen Beziehungen der Abbruch eines modifizierten Neufundlandvertrages in Betracht kam. Die rassenpolitischen Ausdrückungen gegen die Japaner in Vancou vor verurteilten, daß auch an Englands Florde die „Gelbe Gefahr“ auszulösen begonnen hat. Nun hat König Edward eine neue Gelegenheit, ein Bündnis zu bekräftigen und zwar zwischen den Vereinigten Staaten und England zur Aufrechterhaltung der Ordnung an der Pazifikküste. Man wird wohl bald davon hören. P. W.

Deutsches Reich.

— Prinz Waldemar von Preußen, der älteste Sohn des Prinzen Heinrich, wird im kommenden Wintersemester die Universität Straßburg besuchen.

— Die Krone wollen unangekündigt am Frankfurter den Prinzen August von Sachsen-Gotha-Altenburg, dessen Befehl in der schlimmen Rückwärtskunft abtrat.

— Finanzminister Freyler v. Helldorf ist zum Besuch des Reichspräsidenten v. Scheffner in Schloss Weiz ein getroffen.

Die abessinische Mission.

Die Mitglieder der fürstlich vom Kaiser empfangenen abessinischen Mission treffen auf ihrem Wege nach Wien zu kurzen Zwischenstopps in Dresden ein. Der Besuch dort war letzten offiziellen Charakter, die Herren werden aber durch Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen begrüßt werden.

Ein flamisches Gartenfest in Domburg v. d. S.

Der König von Belgien ist zu seinem auf den 20. September fallenden Geburtstag im Sandhaus in Domburg v. d. S., wo er bekanntlich seit einiger Zeit wohnt, im großen Gartenfest. Um 7 Uhr findet ein Festmahl der flamischen diplomatischen Missionen in Europa und der Epigen der Verbänden Gomburg statt. Auf der Terrasse wird gleichzeitig ein Mahl, zu dem 600 Einladungen an sämtliche Höfepersonen, bevorzogene Fürstliche und Einheimische ergangen sind, befristet werden. Im Garten wird ein Pleinairer Wettbewerb abgehalten werden. Es findet ein Konzert und Beleuchtung im großartigen Stil statt, wozu weitläufige Einladungen nach vorangegangener Weisung im Stadtbureau ergangen sind. Vermutlich ist die künftige Gottesdienst und Auentausch im Sandhaus. Am 3. Oktober tritt der König mit dem Vlodddampfer „Sachter“, der nach Ostafrika fährt, seine Mittelreise nach Singapore an.

Kaiserskauen und Wiesbaden.

Es scheint, daß der Besuch des jugendlichen Tages in Kaiserlautern, die Bogern und Bahner ohne Altersgrenze zum Reichsverband anzulassen, auf der Wiesbadener Tagung der nationalliberalen Partei scharfe Gemüthsstöße finden wird. Die „Wallf. Rev.“ hat bekanntlich schon von einem neuen Konflikt zwischen Allen und Jungen“ gesprochen, zu dem die gedruckten Anzeigen der Partei bei nächster Gelegenheit eine Stellung nehmen werden. „Zeit aber macht auch die „Allg.-Ztg.“ gegen die jüngeren Elemente mobil, sie schreibt:

„Sind es programmatische Meinungsverschiedenheiten, welche die Südbündler hindern, sich frank und frei zum nationalliberalen Programm zu bekennen, so ist für sie kein Platz in der nationalliberalen Partei, es sei denn, daß sie sich in der Gesamtheit oder aber in der Mehrheit dieser südbündlerischen Meinungen anschließen.“

Das letztere ist in nun keinesfalls zu erwarten, so daß in der Zeit ein neuer Konflikt zwischen Jungen und Alten bevorsteht, wenn diese sich der Auslegung der „Allg.-Ztg.“ anschließen. Es ist das, meint die „Allg.-Ztg.“, um so überzeugender, als die Jugend in Kaiserlautern gegenüber der natlib. Gesamtpartei ein so warmherziges und klar betontes Vertrauen an den Tag legte, daß die dortige Tagung allgemein als der Beginn einer Aera gefestigter Zusammenhänge zwischen der Partei und ihrem Nachwuchs angesehen wurde.

Das Buch über Graf Volodowsky.

Schon vor einiger Zeit hatten wir berichtet, daß der Vorstand des deutschen Arbeiterkongresses eine Ehrengabe für den Grafen Volodowsky beschlossen habe in Form eines Werkes über seine Tätigkeit. Auf dem christlich-sozialen Parteitag teilte nun Graf Volodowsky über die Ehrengabe mit, daß es sich um ein namhaftes Sozialistisches gemeinere, das in dem Buche einordnend neben einer Biographie Volodowskys seine sozialpolitische Grundanschauung und die von ihm verarbeiteten Gelege behandeln soll. Ein solches Werk löste einen Widerspruch hervor.

Das geistige Niveau des „Vorwärts“.

In einem Verlaufs des „Vorwärts“ fand sich neulich folgende nicht sehr verständliche Stelle:

„Einer der Hauptvorzüge des wissenschaftlichen Sozialismus ist sein historisches Denken. Er betrachtet deshalb den Kapitalismus als das notwendige Durchgangsstadium zum Sozialismus. Gleichwohl bekämpft der Sozialismus prinzipiell den heutigen Kapitalismus, dessen Existenzberechtigung er verneint, dessen Umwandlung in die sozialistische Gesellschaftsordnung er mit allen Kräften aufreißt.“

Dazu bemerkt das Solinger sozialistische Parteiblatt, daß dem „Vorwärts“ schon einmal vorgekommen hat, er scheide Duarisch, und dann konstatierte, die Existenz des „Vorwärts“ habe sich nicht geändert, folgendes:

„Der wissenschaftliche Sozialismus betrachtet den Kapitalismus als notwendiges Durchgangsstadium, gleichwohl verneint er die Existenzberechtigung des heutigen Kapitalismus. Ein Widerspruch! Woher, in welche Richtung man mit der „historischen“ und „prinzipiellen“ Auffassung „geraten“ kann, ist zu welchem Tage in der Kapitalismus ein notwendiges Durchgangsstadium werden? Seit wann besteht er keine Existenzberechtigung? Woher ist das Durchgangsstadium? Existenzberechtigung? Und weshalb bekämpft er diese Existenzberechtigung nicht mehr? Was hat sich zwischen dem Kapitalismus, der ein notwendiges Durchgangsstadium war, und dem heutigen Kapitalismus, der seine Existenzberechtigung mehr besitzen soll, geändert? Das sind Fragen, die jedem denkenden Leser bei der Lektüre der obigen Stelle aus dem „Vorwärts“ aufleuchten müssen.“

Den Sozialdemokraten ist von Parteimeinern das eigene Denken bezaubert angeleitet worden, daß ihnen solche Fragen, wie sie das Solinger Blatt aufwirft, gewiß nicht mehr aufleuchten. Alles wird gläubig hingenommen.

Parlamentarisches.

— Den Reichstagspräsidenten Dr. von Voss zur Stolberg-Bergenerode wurde das erbliche Recht auf Sitz und Stimme im

